
PROJEKT PÄDAGOGIK UND RECHT



in der

INITIATIVE HANDLUNGSSICHERHEIT



Newsletter für Kitas / Schulen / Internate, Jugendhilfe,
Eingliederungshilfe, Kinder- und Jugendpsychiatrie

Dezember 2022

+49 (0)210 441646 0160 99745704 martin-stoppel@gmx.de

I. FACHLICHE LEGITIMITÄT IN PROFESSIONELLER ERZIEHUNG - DAS PROJEKT PÄDAGOGIK UND RECHT EMPFIHLT FACHDISKURS

In der Erziehung sind rechtliche Grenzen zum Machtmissbrauch durch Gesetze und Rechtsprechung grundlegend vorgegeben, wenn auch mit dem „unbestimmten Rechtsbegriff Kindeswohl“ und dem Verbot „entwürdigender Maßnahmen“ ("Gewaltverbot"/ § 1631 II BGB) recht unklar. Eine fachliche Erziehungsgrenze der „fachlichen Legitimität“ ist freilich nicht formuliert. Das ist in einem "Diskurs fachliche Legitimität“ orientierungshalber nachzuholen.

Ziele des Fachdiskurses:

- in herausfordernden Situationen der Erziehung die Handlungssicherheit Erziehungsverantwortlicher und damit den Kinderschutz stärken
- durch einen Rahmen fachlicher Verantwortbarkeit das „Gewaltverbot“ konkretisieren
- das Thema „Handlungssicher in herausforderndem Erziehungsalltag“ enttabuisieren
- dem Kinderschutz verpflichteten Behörden einen rechtlichen „Beurteilungsspielraum“ zur Auslegung des Begriffs „Kindeswohl“ an die Hand geben

Ein am Ende des Fachdiskurses vorgeschlagener "Handlungsrahmen fachlicher Legitimität" kann die Abgrenzung „fachlich legitimer“ Erziehung von Machtmissbrauch erleichtern. Er böte Orientierung und sicherte das Kindeswohl, eine Aufgabe der Landesjugendämter (§§ 45 ff SGB VIII). Ein "Handlungsrahmen fachlicher Legitimität" beinhaltet objektivierbare Maßstäbe für schwierige Entscheidungen Erziehungsverantwortlicher, sicherte deren Überprüfbarkeit in Reflexion oder durch Behörden. Er könnte ausschließlich

subjektiven Entscheidungen in der Frage „fachlich legitimen“ Handelns und dadurch bedingter Beliebigkeitsgefahr entgegenwirken, sowohl auf der Erziehungsebene als auch auf der Ebene mittelbar verantwortlicher Behörden.

Häufig werden Fachdiskussionen zur Verantwortbarkeit erzieherischen Handelns allein auf der Haltungsebene geführt („Subjektivitätsfalle“):

- Die jetzige NRW- Fachministerin Paul in einer Besprechung mit der „Initiative Handlungssicherheit“: *aktive Grenzsetzungen, das will ich in der Erziehung nicht*. Bemerkung: würden physische/ aktive Grenzsetzungen als unzulässige "Gewalt" eingestuft, könnten nur verbale Grenzsetzungen „fachlich legitim“ sein, mit der Wirkung, dass die Erziehung besonders herausfordernder junger Menschen faktisch unmöglich wäre.
- In einer Facebook- Fachgruppe: *Festhalten, das will ich nicht*.
- Und: seit Jahrzehnten wird in der Jugendhilfe das „Pro und Contra geschlossener Gruppen“ auf der Haltungsebene diskutiert, weswegen ein Ergebnis unerreichbar ist.

Sicherlich ist die pädagogische Haltung wichtig, soll jedoch der Kinderschutz gesichert sein, ist die Überprüfbarkeit Erziehungsverantwortlicher anhand des objektivierbaren Maßstabs „fachliche Legitimität“ zwingend. Auf der ausschließlich subjektiven Entscheidungsebene persönlicher Haltung besteht die Gefahr beliebigen Handelns, des Machtmissbrauchs. Die Fachministerin wird ihre Politik auch an der eigenen Haltung ausrichten. Da sie aber dem Kinderschutz verpflichtet ist, darf diese nicht ausschließliches Entscheidungsprinzip sein. Im Übrigen wäre ein Gesetzesverbot physischer Grenzsetzungen als Eingriff in die pädagogische Freiheit verfassungsproblematisch.

II. INITIATIVE HANDLUNGSSICHERHEIT

Wir wollen das Thema "Handlungssicherheit in professioneller Erziehung" öffnen. Das "Gewaltverbot der Erziehung" erfordert Klarheit im Zielkonflikt Erziehungsauftrag - Kindesrechte. Wir bieten Diskussionsvorschläge, wollen weder Meinungsbeeinflussung noch streben wir nach wirtschaftlichen Vorteilen. Wir wollen einen Fachdiskurs anstoßen: es geht um Meinungsaustausch.

Unsere Ziele:

1. Stärkung der Handlungssicherheit der Pädagog*innen und mittelbar verantwortlichen Behörden wie Jugend-/ Landesjugendämter, Schulaufsicht
2. Stärkung der Handlungssicherheit durch „Handlungsleitsätze“, in denen orientierungshalber die fachlichen und rechtlichen Grenzen der Erziehung erläutert werden.
3. Stärkung der Professionalität und des Selbstverständnisses der in der professionellen Erziehung verantwortlichen Pädagog*innen.

Die "Initiative Handlungssicherheit" umfasst pädagogische Fachkräfte und Juristen, u.a.:

- Hansjörg Albrecht, Dipl. Sozialpädagoge (FH), Systemischer Familientherapeut (IFW, SG) mit eigener Praxis
- Dr. Jan Bruckermann, Rechtsanwalt, Professor Soziale Arbeit
- Andreas Hilliger, ehem. Abteilungsleiter Jugend im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg
- Phedra Metz, Sozialarbeiterin (st. anerk.), Einrichtungsleitung und Coach
- Dr. Eva-Maria Rottlaender, Professorin Pädagogik und Soziale Arbeit
- Gaby Lobit, Sozialarbeiterin (BA), Traumapädagogin, Träger und Einrichtungsleitung Erziehungshilfe- Einrichtung
- Tobias Corsten, Dipl. Pädagoge, Dipl. Betriebswirt, Träger und Einrichtungsleitung Erziehungshilfe- Einrichtung + Förderschule
- Martin Stoppel, Projekt Pädagogik und Recht, zuvor Abteilungsleiter Erzieherische Hilfen im Landesjugendamt Rheinland

III. STELLENAUSSCHREIBUNG DES BUNDESFORUMS VORMUNDSCHAFT UND PFLEGSCHAFT

"Wir möchten Sie bitten, eine aktuelle Stellenausschreibung des Bundesforums Vormundschaft und Pflegschaft in Ihrem Newsletter zu veröffentlichen. Das Bundesforum besetzt zum 1. Februar 2023 eine Referent:innenstelle im Umfang von 50 % einer Vollzeitstelle. Geboten wird ein spannendes Arbeitsumfeld, viele Kontakte und Entwicklungsmöglichkeiten sowie Zusammenarbeit in einem sympathischen und engagierten Team. Voraussetzung ist ein Hochschulabschluss in einem sozialwissenschaftlichen, pädagogischen, juristischen oder ähnlichen Bereich und Interesse an der Kinder- und Jugendhilfe. Die Stellenausschreibung finden Sie auf unserer Webseite und im Anhang." Bundesforum Vormundschaft und Pflegschaft Robin Loh Bundesforum Vormundschaft und Pflegschaft e. V. Koordinierungsstelle Poststr. 46 69115 Heidelberg Tel.: 0152 259 493 86 (Di-Do 9:30-13:00 und 14.00-16.00 Uhr) info@vormundschaft.net | www.vormundschaft.net"

Projekt Pädagogik und Recht
verantwortlich: Martin Stoppel
www.paedagogikundrecht.de
02104 41646 | 0160 99745704
martin-stoppel@gmx.de

Falls Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten bzw. Ihre Mailadresse bearbeiten möchten, klicken Sie bitte [hier](#).